



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Hauptausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 23.09.2021	Beginn 17:00 Uhr	Ende 19:00 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Hortolani, Frauke, Dr.
Tempel, Gabriele
Wapenhans, Detlef
Flüshöh, Oliver
Müller, Michael
Thier, Heinz Georg
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Kummer-Dörner, Sabine, Dr.
Buck, David
Günther, Faten
Pfeffer, Jörg
Bockelmann, Christian, Dr.
Ergen, Ufuk

Ratsmitglied als Vertreter

Karsten, Udo

Vertretung für Klaus Peter Schier

Vorsitzender

Langhard, Stephan

1. stellv. Vorsitzende

Kirschner, Thorsten

2. stellv. Vorsitzende

Sartor, Christiane

Sitzungsteilnehmer der Verwaltung

Liebscher, Sybille
Mollenkott, Marion
Nowack, Simon
Rudolph, Heike
Schweinsberg, Ralf

Personalrat

Rath, Christiane

Schriftführerin

Ferreira Alexandre, Gina

Abwesend:

Mitglieder

Schier, Klaus Peter
Ziebs, Hartmut
Feldmann, Jürgen

vertreten durch Udo Karsten

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Vorsitzenden
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Anträge zur Tagesordnung
- 4 Niederschrift zur Sitzung vom 24.06.2021 - Kenntnisnahme und Feststellung öffentlicher Teil -
- 5 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung
- 6 Mitteilungen
- 7 Jahresabschluss 2020 der Stadtmarketing Schwelm GmbH & Co. KG und der Stadtmarketing Schwelm Beteiligungsgesellschaft mbH 120/2021
- 8 Freigabe eines Verkaufssonntags am 10.10.2021 214/2021
- 9 Haushalt
- 9.1 Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung des Gesamtabschlusses 2020 165/2021
- 9.2 2. Controllingbericht zu den Produktergebnissen 2021 (30.06.2021) 176/2021
- 9.3 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 06 (Kinder, Jugend und Familie) 164/2021
- 10 Technische Betriebe Schwelm
- 10.1 Eckpunktepapier - Rekommunalisierung einzelner Dienstleistungen der TBS 174/2021
- 10.2 a) Jahresabschluss 2020 der Technischen Betriebe Schwelm AöR (nur Verwaltungsrat)
b) Ausübung des Weisungsrechtes gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung (nur Hauptausschuss und Rat) 194/2021
- 11 Schwelm ist sicherer Hafen für geflüchtete Menschen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 01.06.2021 124/2021/1
- 12 Änderungsantrag zum Antrag „Seebrücke“ - CDU, FDP, SWG/ BfS vom 24.06.2021 149/2021/1

13	Stellplätze freiwillige Feuerwehr - Antrag der FDP vom 29.05.2021	139/2021/1
14	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Klimafolgenanpassung in Schwelm	047/2020/1
15	Klima-Rahmenplan 2030 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 22.05.2021	110/2021
16	SPD Antrag „Den Anschluss nicht verlieren“ vom 31.03.2021, BIZ Ergänzungsantrag vom 09.04.2021 und SWG.BfS Ergänzungsantrag vom 19.05.2021 zur Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Schwelm	105/2021
17	Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 03.09.2021 - Verbot von Schottergärten	205/2021
18	Ein Infoblatt zum Thema "Schottergarten" an alle Haushalte - Antrag der FDP-Fraktion vom 26.04.2021	133/2021/1
19	Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 25.08.2021 - Wasserwirtschaft in Schwelm	186/2021
20	Qualitätsstandards der Offenen Ganztagsgrundschulen	185/2021
21	Hilfe zur Regel machen - Antrag zur kostenlosen Bereitstellung von Menstruationsartikeln in Behörden, Schulen und öffentlichen Einrichtungen	132/2021/1
22	Anträge der SPD und FDP zum Bürgerbüro	203/2021
22.1	Ergänzungsantrag der Fraktion SWG/ BfS Digitaler Zugang für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zum Bürgerbüro der Stadt Schwelm vom 14.09.2021	203/2021/1
23	Neue Mitte Schwelm - Maßnahmen der Städtebauförderung im Programmjahr 2021	184/2021
23.1	Antrag „Freiraum verbindet“ - Bessere Anbindung des Neumarkts an die Fußgängerzone - SPD Fraktion vom 26.07.2021	175/2021
24	29. FNP-Änderung (Bereich Zassenhaus-Gelände)	153/2021
	1. Abwägung aus der zweiten erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB i. V. m. § 4a (3) BauG 2. Abwägung aus der zweiten erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB i. V. m. § 4a (3) BauG 3. Beschlussfassung	

25	Bebauungsplan Nr. 106 "Zassenhaus-Gelände" 1. Abwägung der Anregungen aus der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB i.V.m. § 4a (3) BauGB 2. Abwägung der Anregungen aus der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB i.V.m. § 4a (3) BauGB 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	154/2021
26	31. FNP-Änderung (Bereich Jesinghauser Straße) 1. Abwägung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB 2. Abwägung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB 3. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB 4. Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB	183/2021
27	Bebauungsplan Nr. 108 "In der Graslake, Jesinghauser Straße" 1. Abwägung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB 2. Abwägung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB 3. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB 4. Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB 5. Regelung des externen ökologischen Ausgleichs	179/2021/1
28	2. Fortschreibung Straßen- und Wegekonzept gem. § 8 a KAG NRW	173/2021
29	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Südwestfalen IT	178/2021
30	Bestellung eines neuen Mitglieds und ihrer Stellvertretung für den Jugendhilfeausschuss/ Vertretung Deutscher Kinderschutzbund	169/2021
31	Antrag DIE GRÜNEN Alternative Antriebe für alle Fahrzeuge der Stadt vom 24.08.2021	212/2021
32	Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung	

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Vorsitzenden

Herr Bürgermeister Stephan Langhard begrüßt die Anwesenden der Sitzung des Hauptausschusses und eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Im Anschluss stellt er fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung geladen wurde und, dass Beschlussfähigkeit vorliegt.

3 Anträge zur Tagesordnung

Zur Tagesordnung liegen folgende Anträge vor:

Neu hinzugekommen sind die Vorlagen:

- **214/2021** „Freigabe eines Verkaufsoffenen Sonntages“ – **TOP 8 neu**
- **203/2021/1** „Ergänzungsantrag SWG/ BfS zur Vorlage 203/2021 – Bürgerbüro“ – **TOP 22.1 neu**
- Die Vorlage **179/2021/1** ersetzt die Vorlage 179/2021 – **TOP 27 neu**
- **212/ 2021** „Antrag DIE GRÜNEN – alternative Antriebe“ – **TOP 31**

Abgesetzt werden:

- **TOP 14** Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Klimafolgenanpassung in Schwelm **Vorlage 047/2021/1**
- **TOP 15** Klima-Rahmenplan 2030 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 22.05.2021 **Vorlage 110/2021**
- **TOP 16** SPD Antrag „Den Anschluss nicht verlieren“ vom 31.03.2021, BIZ Ergänzungsantrag vom 09.04.2021 und SWG.BfS Ergänzungsantrag vom 19.05.2021 zur Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Schwelm **Vorlage 105/2021**
- **TOP 18** Ein Infoblatt zum Thema "Schottergarten" an alle Haushalte - Antrag der FDP-Fraktion vom 26.04.2021 **Vorlage 131/2021/1**
 - Anträge sind in der Beschlussfassung der **Vorlage 188/2021** aufgegangen und im AUS abschließend beraten worden
- **TOP 19** Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 25.08.2021 - Wasserwirtschaft in Schwelm **Vorlage 186/2021** – wurde in der Sitzung des AUS zur nächsten Sitzung vertagt

- **TOP 21** Hilfe zur Regel machen - Antrag zur kostenlosen Bereitstellung von Menstruationsartikeln in Behörden, Schulen und öffentlichen Einrichtungen
Vorlage 132/2021/1 – Antrag wurde in der gemeinsamen Sitzung des JHA/SchA vom Antragsteller zurückgezogen

Weitere Anträge liegen nicht vor, so dass Herr Langhard über die geänderte Tagesordnung abstimmen lässt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

4 Niederschrift zur Sitzung vom 24.06.2021 - Kenntnisnahme und Feststellung öffentlicher Teil -

Herr Langhard teilt mit, dass die Niederschrift zu der Sitzung vom 24.06.2021 allen Mitgliedern des Hauptausschusses rechtzeitig zugeleitet und Einwände gegen sie nicht vorgetragen worden seien. Er schlägt vor, die Kenntnisnahme der Niederschrift und das Nichtvorliegen von Einwänden gegen sie festzustellen und entsprechend zu protokollieren.

Gegen diesen Vorschlag wird kein Widerspruch erhoben.

5 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

keine

6 Mitteilungen

Frau Mollenkott informiert über die Umsetzung der Sitzungsvorlage 123/2021 zum CMS. In der Sitzungsvorlage sei der Bereich der Gleichstellungsbeauftragten als ein „Betätigungsfeld“ aufgeführt. Durch den Weggang der Gleichstellungsbeauftragten und die zurzeit nicht besetzte Stelle könne die Verwaltung aus diesem Bereich noch nicht weiter berichten. Eine Informationsweitergabe zum Thema „Vergabe“ und Compliance sei nunmehr für die November-Sitzung geplant.

Herr Schweinsberg berichtet unter Bezugnahme auf den „Antrag der FDP Fraktion vom 29.05.2021 – Stellplatz Klima konkret“, dass die Ausweitung für zwei Stellplätze an der Ladestation am Märkischen Platz erfolgt sei.

7 Jahresabschluss 2020 der Stadtmarketing Schwelm 120/2021 GmbH & Co. KG und der Stadtmarketing Schwelm Beteiligungsgesellschaft mbH

Frau Lipka hält einen Vortrag zum Jahresabschluss 2020 der Stadtmarketing Schwelm GmbH & Co. KG.

Beschluss:

Der Vertreter der Stadt Schwelm in der Stadtmarketing Schwelm GmbH & Co KG bzw. der Stadtmarketing Schwelm Beteiligungsgesellschaft mbH, Herr 1. Beigeordneter Ralf Schweinsberg oder als Vertreterin, Frau Städtische Oberverwaltungsrätin Marion Mollenkott, wird ermächtigt, den Vorschlägen des Aufsichtsrates im Sinne der nachstehenden Darlegungen zuzustimmen.

Ferner wird er/sie ermächtigt, der Entlastung des Aufsichtsrates zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:	dafür	16
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	1

8 Freigabe eines Verkaufssonntags am 10.10.2021 214/2021

Herr Langhard informiert über eine redaktionelle Änderung. Die Beantragung der Freigabe für den 12.12.2021 sei nicht Inhalt der Beschlussvorlage.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, die beiliegende „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe eines verkaufsoffenen Sonntags“ zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:	dafür	16
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	1

9 Haushalt

9.1 Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung des Gesamtabschlusses 2020 165/2021

Frau Mollenkott macht Ausführungen zum oben näher bezeichneten Tagesordnungspunkt. Der Rat habe am 01.10.2020 den Verzicht auf die Aufstellung des Gesamtabschlusses 2019 beschlossen. Dieser Verzichtsbeschluss müsse für jedes Abschlussjahr neu gefasst werden. Frau Mollenkott unterbreitet den Vorschlag, in diesem Jahr analog zu verfahren.

Frau Mollenkott teilt informatorisch mit, dass eine Einbringung der noch ausstehenden Gesamtabschlüsse 2016 – 2018 in der Ratssitzung am kommenden Dienstag erfolge. Damit seien dann alle zu fertigenden Gesamtabschlüsse aufgeholt.

Beschluss:

Von der größenabhängigen Befreiungsmöglichkeit von der Pflicht zur Aufstellung des Gesamtabschlusses 2020 gem. § 116 a GO NRW wird Gebrauch gemacht.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

9.2 2. Controllingbericht zu den Produktergebnissen 2021 (30.06.2021) 176/2021

Frau Mollenkott macht folgende Ausführungen:

Der zweite Controlling-Bericht sei unter dem Strich etwas besser geworden als der erste.

Zum 31.03. sei ein Fehlbedarf von rund 2,7 Millionen € ermittelt worden, derzeit sei ein Fehlbedarf von rund 2 Millionen € zu verzeichnen. Er werde weiterhin ein negatives Ergebnis ausgewiesen.

Aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen müsse die ohnehin schon bestehende Bewirtschaftungssperre fortgeführt werden. Man prüfe eingehende Freigabebeanträge sehr genau und mache weitere Freigaben zum Teil auch von einem Deckungsvorschlag abhängig. Es werde alles getan, um eine schwarze Zahl im Jahresabschluss ausweisen zu können.

Im letzten Controlling-Bericht sei über die Verbesserung der Gewerbesteuer von 5,7 Mio. € in Bezug zum vorsichtig gewählten Ansatz von 14,5 Mio. € berichtet worden. Die Zahlen steigen weiter (rd. 1 Mio. €), wodurch sich im Gegenzug die Bilanzierungshilfe um diese Summe reduziere.

Man werde weiterhin zusammen mit den Fachbereichen die aktuelle Entwicklung der Haushaltsansätze und die Auswirkungen der Bilanzierungshilfe im Auge behalten und dann im nächsten Bericht verarbeiten.

Konkretes zur Entwicklung der Ansätze finde man im nächsten Tagesordnungspunkt: Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 06 (Kinder/Jugend und Familie). Hier fülle sich der Fehlbetrag aus dem Controllingbericht dann plastisch mit Mehrbedarfen bei einzelnen Haushaltsstellen mit entsprechender inhaltlicher Begründung.

Anschließend macht Frau Mollenkott Ausführungen zum Haushalt 2022: Es kann an dieser Stelle schon gesagt werden, dass auch im Rahmen der Haushaltsplanung für den Etat 2022 im Produktbereich 06 mit deutlich höheren Aufwendungen gerechnet werden müsse. Der kommende Haushalt werde kein Selbstläufer.

Hinzu komme, dass es noch keine abschließende rechtliche Grundlage zum Einsatz der Bilanzierungshilfe seitens des Landes gebe. Die Verwaltung habe sich mit einer konkreten „Schwelmer Fragestellung“ zur Bilanzierungshilfe an die beiden Kommunalaufsichten gewandt. Eine abschließende Bewertung stehe noch aus.

In einem gemeinsamen Gespräch mit beiden Aufsichten zu Beginn des Monats in Arnsberg habe die Verwaltung abgestimmt, den Haushalt am 25.11. in den Rat einzubringen und im 1. Quartal 2022 zu verabschieden.

9.3 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 06 (Kinder, Jugend und Familie) 164/2021

Beschluss:

Bei den u.a. Haushaltsstellen im Produktbereich 06 (Kinder, Jugend und Familie) werden für das Haushaltsjahr 2021 überplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen in Höhe von 2.857.200,00 € bewilligt. Dieser Betrag teilt sich wie folgt auf die nachstehend aufgeführten Haushaltsstellen auf:

	Haushaltsstelle	Bezeichnung	Haushalts- überschreitung
a)	06.01.03.531800	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd Zwecke an übrige Bereiche	81.600,00

b)	06.02.01.528100	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd Zwecke an übrige Bereiche	10.800,00
c)	06.02.02.531800	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd Zwecke an übrige Bereiche	37.800,00
d)	06.03.03.523200	Erstattungen für Aufwendungen v. Dritten aus lfd VerwTätigkeit an Gemeinden (GV)	250.000,00
e)	06.03.03.533100	Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen	1.411.000,00
f)	06.03.03.533200	Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen.	660.000,00
g)	06.03.03.543160	Sachverständigen, Gerichts- und ähnliche Kosten	32.000,00
h)	06.03.08.523100	Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus lfd VerwTätigkeit an das Land	26.500,00
i)	06.03.08.533900	Sonstige soziale Leistungen	260.000,00
j)	06.03.09.531200	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd Zwecke an Gemeinden (GV)	87.500,00
			2.857.200,00

Die Deckung ist teilweise durch unten aufgelistete Mehrerträge / -einzahlungen gewährleistet.

	HHSt.	Bezeichnung	Mehrerträge
k)	06.01.02.414100	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land	10.750,00
l)	06.01.03.414100	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land	158.800,00
m)	06.02.01.414100	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land	27.800,00
n)	06.02.02.448000	Erträge aus Kostenerstattungen, -umlagen vom Bund	37.800,00
o)	06.03.03.422100	Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb von Einrichtungen	349.000,00
p)	06.03.03.448200	Erträge aus Kostenerstattungen, -umlagen von Gemeinden (GV)	200.000,00
q)	06.03.08.421102	Ansprüche gegen Unterhaltsverpflichtete	43.000,00
r)	06.03.08.448100	Erträge aus Kostenerstattungen, -umlagen vom Land	180.000,00
			1.007.150,00 €

Die Deckung des Restbetrages in Höhe von 1.850.050 € muss im laufenden Jahr durch weitere Mehrerträge/Minderaufwendungen erwirtschaftet werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>
----------------------	-------------	-------------------------------------

10 Technische Betriebe Schwelm

10.1 Eckpunktepapier - Rekommunalisierung einzelner Dienstleistungen der TBS

174/2021

Herr Langhard verweist auf die Ankündigungen der Kämmerin Frau Mollenkott. Die Einbringung des Etats 2022 gestalte sich noch schwierig. Mit einer Einbringung und Beschlussfassung in diesem Jahr sei nicht zu rechnen, daher gestalte sich auch die Überleitung des Dienstleistungsbereichs der TBS schwierig. Aus diesem Grund sei die Erstellung der angekündigten Beschlussvorlage nicht möglich.

Im Verwaltungsvorstand diskutiere man derzeit unterschiedliche Szenarien, wie mit dieser Situation umgegangen werden könne. Man gehe davon aus, dass im kommenden Sitzungszyklus eine Lösung präsentiert werden könne.

Das Ziel müsse es sein, eine Strategie zu entwickeln, die der Haushaltssituation und in gleichem Maße den berechtigten Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den TBS und in der Verwaltung Rechnung trage.

10.2 a) Jahresabschluss 2020 der Technischen Betriebe 194/2021
Schwelm AöR (nur Verwaltungsrat)
b) Ausübung des Weisungsrechtes gemäß § 8 Abs. 3
der TBS-Unternehmenssatzung (nur
Hauptausschuss und Rat)

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm, von seinem Weisungsrecht gemäß § 8 Abs. 3 der TBS-Unternehmenssatzung keinen Gebrauch zu machen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

11 Schwelm ist sicherer Hafen für geflüchtete 124/2021/1
Menschen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE
GRÜNEN vom 01.06.2021

Herr Langhard verweist auf die Sitzung des Rates am 01.07.2021, in der mehrheitlich beschlossen worden sei, den betroffenen Ausschüssen die Möglichkeit zur Diskussion einzuräumen und danach abschließend im Rat zu beschließen. Dies sei aufgrund der Bedeutung des Themas und der Regelungen der GO zum Thema freiwillige Leistung (§ 41 Abs. I lit. t GO NRW, „die Übernahme neuer Aufgaben, für die keine gesetzliche Verpflichtung besteht,“) auch folgerichtig. Der Rat sei aber leider nicht in der Beratungsfolge der Vorlage enthalten und dementsprechend sei der Antrag bei der Aufstellung der Tagesordnung nicht berücksichtigt worden.

Herr Langhard unterbreitet den Vorschlag, dass der HA beschließen möge, das Thema auf die Tagesordnung der Ratssitzung in der kommenden Woche zu setzen.

Herr Kirschner beantragt die Vertagung in den RAT.

Herr Langhard unterbreitet den Vorschlag, dass der HA beschließen möge, das Thema auf die Tagesordnung der Ratssitzung in der kommenden Woche zu setzen.

Herr Kirschner beantragt die Vertagung in den RAT.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 01.06.2021 wird an den RAT verwiesen.

Abstimmungsergebnis:	dafür	14
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	0

**12 Änderungsantrag zum Antrag „Seebrücke“ - CDU, 149/2021/1
FDP, SWG/ BfS vom 24.06.2021**

Herr Langhard verweist auf die Ausführungen unter TOP 11 und schlägt ebenfalls die Vertagung in den RAT vor.

Herr Flühöh beantragt die Vertagung in den RAT.

Beschluss:

Der Änderungsantrag zum Antrag „Seebrücke“ der Fraktionen CDU, FDP und SWG/ BfS vom 24.06.2021 wird an den RAT verwiesen.

Abstimmungsergebnis:	dafür	15
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	0

**13 Stellplätze freiwillige Feuerwehr - Antrag der FDP 139/2021/1
vom 29.05.2021**

Herr Buck bekundet seine Verwunderung über die Vorgehensweise der Verwaltung. Bei der Bedarfsermittlung sei mit 50 % der Mitglieder, die am aktiven Dienst beteiligt seien, gerechnet worden. Man könne auch prüfen, ob eine alternative Lösung, z. B. mit Parkausweisen, in Betracht komme.

Herr Schweinsberg macht Ausführungen zum Sachverhalt. Die freiwillige Feuerwehr, die Berufsfeuerwehr sowie der Fachbereich 5 haben sich mit dem Antrag befasst und diesen geprüft, der Sachverhalt gebe konkrete Zahlen wieder. Es seien Gespräche mit Kameradinnen und Kameraden geführt worden sowie mit den Leitungen der Feuerwehr. Die Empfehlung an den Hauptausschuss sei ausdrücklich nach umfassender Prüfung erfolgt.

Herr Flühöh teilt mit, die Feuerwehr leiste sowohl im Haupt- als auch im Ehrenamt herausragende Arbeit. Die Gestaltung der Wachen sei für die städtische Neuausrichtung sehr offensiv und positiv. Es gebe auch viele andere Menschen, die sich für diese Stadt ehrenamtlich engagieren. Herr Flühöh habe sich bei der Feuerwehr umgehört und die Rückmeldung erhalten, dass eine besondere Stellung gar nicht gewünscht sei. Man wolle Unterstützung durch die Politik und Verwaltung. Eine Errichtung von Parkplätzen für die freiwillige Feuerwehr sei nicht der richtige Weg der Unterstützung.

Herr Gießwein schließt sich den vorstehenden Ausführungen des Herrn Flühöh an und bedankt sich bei der Verwaltung für die Prüfung.

Herr Buck bedankt sich ebenfalls bei Herrn Schweinsberg für die Erläuterung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm den Antrag auf Einrichtung von Parkplätzen für freiwillige Feuerwehrkräfte abzulehnen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 14 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Klimafolgenanpassung in Schwelm 047/2020/1**

abgesetzt

- 15 Klima-Rahmenplan 2030 110/2021**
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 22.05.2021

abgesetzt

- 16 SPD Antrag „Den Anschluss nicht verlieren“ vom 105/2021**
31.03.2021, BIZ Ergänzungsantrag vom 09.04.2021
und SWG.BfS Ergänzungsantrag vom 19.05.2021 zur
Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Schwelm

abgesetzt

- 17 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 03.09.2021 - 205/2021**
Verbot von Schottergärten

Herr Kirschner berichtet über die ausführlichen Beratungen im AUS und weist auf die umfangreiche Diskussion bezüglich einer Vielzahl von Sachfragen hin. Im Ergebnis hält er fest, dass der Antrag aufgrund fehlender Rechtssicherheit nicht umsetzbar und deshalb abgelehnt worden sei. Eine erneute Beratung sei nicht erforderlich.

Beschluss:

Die Stadt Schwelm untersagt durch Verordnung das Anlegen von sog. Schottergärten auf öffentlichen wie privaten Flächen. Bestehende Schottergärten sind nach einer Übergangsfrist bis spätestens Ende 2021 umzuwandeln. Alternativ zahlt die Stadt für die Umwandlung eine nach Größe und Zeitpunkt der Umwandlung gestaffelte Prämie.

Abstimmungsergebnis:	dafür	0
	dagegen:	18
	Enthaltungen:	0

- 18 Ein Infoblatt zum Thema "Schottergarten" an alle 133/2021/1**
Haushalte - Antrag der FDP-Fraktion vom 26.04.2021

abgesetzt

- 19 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 25.08.2021 - 186/2021**
Wasserwirtschaft in Schwelm

abgesetzt

Beschluss:

Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und örtlichen Gegebenheiten wird die Stadt Schwelm die im Handbuch aufgeführten Qualitätsstandards umsetzen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**21 Hilfe zur Regel machen - Antrag zur kostenlosen
Bereitstellung von Menstruationsartikeln in
Behörden, Schulen und öffentlichen Einrichtungen 132/2021/1**

abgesetzt

22 Anträge der SPD und FDP zum Bürgerbüro 203/2021

Herr Schweinsberg berichtet über die zwischenzeitlich erfolgten ausführlichen Presseberichte. Die Situation sei nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für die verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr unbefriedigend und belastend.

Diese Situation sei bei der Berechnung der Personalressourcen wechselseitig von Verwaltung und Politik nicht annähernd absehbar gewesen. Bei Eintreffen der Situation habe sich die Verwaltungsführung mit dem SAE – Stab bereits in der Vorbereitung bezüglich der Rückkehr zur „eingeschränkten Normalität“ befunden.

Man habe einige Sofortmaßnahmen eingeleitet. Zwei Mitarbeiter mit unterschiedlichen Zeiten habe man in das Bürgerbüro entsandt. Weiter sei eine Ausbildungskraft aus dem Wahlteam abgezogen worden.

Das Terminierungsverfahren werde umgestaltet, um in Zukunft flexibler reagieren zu können. Eine vakante Stelle sei ausgeschrieben. Die Verwaltung hoffe auf eine zeitnahe Besetzung. Eine Zählung der Schließtage, wie im Antrag der SPD gefordert, habe die Verwaltung nicht durchgeführt, da eine automatische Erfassung nicht erfolge. Dies müsse dann nachträglich ermittelt werden.

Herr Kirschner dankt Herrn Schweinsberg für die Ausführungen. Mit dem Antrag wolle man den Anstoß eines Prozesses, ähnlich wie vorstehend von Herrn Schweinsberg erläutert, erzielen. Die Politik sei zur Unterstützung bereit. Zur Vorbeugung für die Zukunft äußert Herr Kirschner die Bitte, nunmehr die Schließungstage festzuhalten sowie um Protokollierung, sofern Personal eingesetzt wird, welches nicht regulär im Bürgerbüro beschäftigt ist. Wenn dieser Bitte nachgekommen werde, sei der Antrag in der Sache erledigt.

Herr Bürgermeister Langhard sichert die Umsetzung zu.

Herr Flühöh sagt, das Thema bewege die Menschen in der Stadt und mit Blick auf die Zukunft sei es äußerst wichtig, für die Bürgerinnen und Bürger eine Verlässlichkeit zu schaffen. Der Weg sei nun seitens der Verwaltung aufgezeigt worden. Die CDU sei mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden. Im Falle eines Gesprächsbedarfs seitens der Verwaltung bittet er um Kontaktaufnahme mit den Fraktionen.

Herr Bockelmann erklärt ebenfalls Einverständnis, der Ergänzungsantrag der SWG/BfS werde zurückgestellt. Die Digitalisierung von Dienstleistungen müsse bei der

Konzeptionierung grundsätzlich ein Schwerpunktthema sein. Ein digitales Backup für Zugänge sei unbedingt erforderlich.

Herr Langhard teilt mit, dass parallel die Prüfung und Einführung sowohl des analogen, wie auch des digitalen Weges, erfolgen solle.

Herr Pfeffer bevorzugt das Angebot fester Sprechzeiten für die Bürgerinnen und Bürger. Es gebe wichtige Angelegenheiten, die nicht auf einen Termin warten können.

Herr Schweinsberg erwidert, dass grundsätzlich ein Teil der Termine freigehalten werde für eilige Angelegenheiten.

Herr Buck teilt mit, dass es für die FDP wichtig sei, eine Lösung sowohl mit Terminvergaben als auch mit festen Sprechzeiten zu finden.

Die Vorsitzende des Personalrats, Frau Rath, äußert sich zu den vorstehenden Ausführungen. Es seien während der gesamten Coronazeit Termine vergeben worden. Lediglich seit der letzten Schließung sei das Bürgerbüro für freie Termine nicht geöffnet. Es sei bedauerlicherweise zum Ausfall gekommen und dadurch sei man in die Schieflage geraten, dass die bereits vereinbarten Termine nicht alle abgesagt werden konnten. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gefalle die Situation im Bürgerbüro überhaupt nicht, die Hintergrundarbeit könne nicht mehr abgedeckt werden. Die Öffnungszeiten seien erweitert worden, die Öffnung am Samstag sei weggefallen, dafür seien aber zusätzliche Termine in der Woche im Nachmittagsbereich geschaffen worden.

Herr Langhard hält fest, dass der Antrag der SPD aufgrund des Vorschlags der Verwaltung erledigt ist.

Die Fraktion FDP zieht den Antrag zurück.

22.1 Ergänzungsantrag der Fraktion SWG/ BfS Digitaler 203/2021/1
Zugang für Bürgerinnen und Bürger sowie
Unternehmen zum Bürgerbüro der Stadt Schwelm
vom 14.09.2021

Herr Langhard verweist auf die Ausführungen unter TOP 22.

Die Fraktion SWG/BfS stellt den Antrag ruhend.

Herr Dr. Bockelmann bittet nochmals ausdrücklich darum, dass die Digitalisierung von Dienstleistungen bei der Konzeptionierung des SchwelmServiceCenters grundsätzlich ein Schwerpunktthema sein wird.

23 Neue Mitte Schwelm - Maßnahmen der 184/2021
Städtebauförderung im
Programmjahr 2021

Herr Langhard weist darauf hin, dass für die Förderantragsstellung der in der Vorlage genannten Maßnahmen umfangreiche Vorarbeiten benötigt werden. Hierzu zählen u.a. die Erarbeitung eigener Förderrichtlinien für das Hof- und Fassadenprogramm sowie für den Innenstadt- und Bewohnerfonds. Zudem seien für die Gestaltungssatzung der Innenstadt und für die Modernisierung von Geschäftsflächen

eine Bestandsaufnahme des IST-Zustands durchzuführen und Handlungsschwerpunkte zu identifizieren.

Derzeit befinde man sich in Vorbereitungen für das Vergabeverfahren für das Innenstadt-Büro. Ziel der Verwaltung sei es, dass diese vorzubereitenden Arbeitsschritte durch das Innenstadt-Büro übernommen werden, um anschließend die Förderanträge stellen zu können

Nach eingehender Beratung der Parteien bezüglich der Möglichkeiten zur Aufwertung der Innenstadt wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung in die Erarbeitung für folgende Maßnahmen frühestmöglich einzusteigen und notwendige Anträge für die Zuwendung von Mitteln der Städtebauförderung zu stellen:
 - I 1 Hof- und Fassadenprogramm
 - I 5 Gestaltungssatzung Innenstadt
 - III 4 Modernisierung von Geschäftsflächen
 - III 5 Innenstadtfonds
 - IV 4 Bewohnerfonds
 - V 4 Gremien
2. Die personelle Ausstattung des Fachbereichs soll im Hinblick auf die anstehenden Aufgaben überprüft und ggf. angepasst werden.
3. Die mit dem beigefügten Antrag der SPD-Fraktion „Freiraum verbindet“ vom 26.7.2021 vorgeschlagene Maßnahme zur Anbindung des Neumarktes soll bei den Anträgen für die Zuwendung von Mitteln der Städtebauförderung für das Programmjahr 2023 berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

23.1 Antrag „Freiraum verbindet“ - Bessere Anbindung des Neumarkts an die Fußgängerzone - SPD Fraktion vom 26.07.2021 175/2021

Beschluss:

Der Antrag wird in die Beschlussvorlage 184/2021 – Neue Mitte Schwelm – Maßnahmen der Städtebauförderung im Programmjahr 2021 – integriert.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

24 29. FNP-Änderung (Bereich Zassenhaus-Gelände) 153/2021

1. Abwägung aus der zweiten erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB i. V. m. § 4a (3) BauG
2. Abwägung aus der zweiten erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB i. V. m. § 4a (3) BauG
3. Beschlussfassung

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der zweiten erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB i.V.m. § 4a (3) BauGB keine Anregungen bei der Verwaltung eingegangen sind.
2. Die im Rahmen der zweiten erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB i.V.m. § 4a (3) BauGB vorgetragene Anregungen werden, wie in der beigefügten Abwägungstabelle (Anlage 1) dargestellt, abgewogen.
3. Gem. der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.11.2016 (GV.NRW S. 1162) wird die 29. FNP-Änderung (Bereich Zassenhaus-Gelände) der Stadt Schwelm (Anlage 2) beschlossen.

Der dazugehörige Erläuterungsbericht (Anlage 3), die Informationen zu umwelt-relevanten Aspekten (Umweltbericht, Anlage 4) und die Auswirkungsanalyse (Anlage 5) werden als Entscheidungsbegründung übernommen.

Abstimmungsergebnis:	dafür	17
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	0

25 Bebauungsplan Nr. 106 "Zassenhaus-Gelände"

154/2021

- 1. Abwägung der Anregungen aus der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB i.V.m. § 4a (3) BauGB**
- 2. Abwägung der Anregungen aus der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB i.V.m. § 4a (3) BauGB**
- 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB**

Beschluss:

1. Die im Rahmen der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB vorgetragene Anregung wird, wie in der beigefügten Abwägungstabelle (Anlage 1) dargestellt, abgewogen.
2. Die im Rahmen der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB vorgetragene Anregungen werden, wie in der beigefügten Abwägungstabelle (Anlage 1) dargestellt, abgewogen.
3. Gem. § 10 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3624) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.11.2016 (GV.NRW S. 1162) wird der Bebauungsplan Nr. 106 „Zassenhaus-Gelände“ der Stadt Schwelm (Anlage 2) einschließlich der dazugehörigen Begründung (Anlage 3), des Umweltberichtes (§ 2 Abs. 4 BauGB) (Anlage 4), des artenschutzrechtlichen Fachbeitrages (ASP 1+2) (Anlage 5), der Auswirkungsanalyse (Anlage 6), des Baugrundgutachtens

(Anlage 7), des Schallgutachtens (Anlage 8), des Verkehrsgutachtens (Anlage 9) und der Altlastenuntersuchung (Anlage 10) als Satzung beschlossen.

Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke der Gemarkung Schwelm, Flur 13, Flurstücke 542 tlw., 558, 743 tlw., 744, 745 tlw., 978 und 979. Den genauen Geltungsbereich setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs. 7 BauGB).

Abstimmungsergebnis:	dafür	11
	dagegen:	7
	Enthaltungen:	0

- 26 31. FNP-Änderung (Bereich Jesinghauser Straße) 183/2021**
- 1. Abwägung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB**
- 2. Abwägung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB**
- 3. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB**
- 4. Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB**

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB keine Anregung bei der Verwaltung eingegangen ist.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB vorgetragene Anregungen werden, wie in der beigefügten Abwägungstabelle (Anlage 1) dargestellt, abgewogen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Vorentwurf der 31. Änderung des Flächennutzungsplans sowie des dazugehörigen Erläuterungsbericht einschließlich des Umweltberichtes entsprechend der zuvor gefassten Abwägungsbeschlüsse zu überarbeiten und anschließend anhand des Entwurfs die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB durchzuführen. Während der Auslegungsfrist (Dauer 1 Monat) wird der Öffentlichkeit Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Vorentwurf der 31. Änderung des Flächennutzungsplans sowie des dazugehörigen Erläuterungsbericht einschließlich des Umweltberichtes entsprechend der zuvor gefassten Abwägungsbeschlüsse zu überarbeiten und anschließend anhand des Entwurfs die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 27 Bebauungsplan Nr. 108 "In der Graslake, 179/2021/1**
Jesinghauser Straße"
- 1. Abwägung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB**

- 2. Abwägung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB**
- 3. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB**
- 4. Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB**
- 5. Regelung des externen ökologischen Ausgleichs**

Herr Langhard berichtet, dass in der Sitzung des AUS am 14.09. vereinbart worden sei, die Sitzungsunterlagen dahingehend zu ändern, als dass die Flächen für externe Kompensationsmaßnahmen fortan nicht im Bebauungsplan selbst, sondern im städtebaulichen Vertrag geregelt werden sollen. Demzufolge sei eine /1 Vorlage erstellt und ein "vorangehender" Beschlusspunkt hinzugefügt worden. Die geänderten Anlagen seien in ihrer Bezeichnung kenntlich gemacht worden.

Hintergrund für dieses Vorgehen sei, dass sich bei der Auswahl der städtischen Flächen, auf denen der Ausgleich durchgeführt werden solle, gezeigt hat, dass ein wenig mehr Flexibilität gebraucht werde, da einige dieser Flächen auch als Ausweichflächen für andere Entwicklungen vorgemerkt seien.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Schwelm beschließt, entsprechend der Empfehlung des AUS vom 14.09.2021 die Regelung des externen ökologischen Ausgleichs durch städtebaulichen Vertrag vorzunehmen. (Die betroffenen Anlagen zur Sitzungsvorlage wurden entsprechend angepasst.)
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB vorgetragene Anregung wird, wie in der beigefügten Abwägungstabelle (Anlage 1) dargestellt, abgewogen.
3. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB vorgetragenen Anregungen werden, wie in der beigefügten Abwägungstabelle (Anlage 1) dargestellt, abgewogen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Entwurfes des Rechtsplanes und der dazugehörigen Begründung einschließlich des Umweltberichtes und der erforderlichen Gutachten die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB durchzuführen. Während der Auslegungsfrist (Dauer 1 Monat) wird der Öffentlichkeit Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Entwurfes des Rechtsplanes und der dazugehörigen Begründung einschließlich des Umweltberichtes und der erforderlichen Gutachten die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	dafür	15
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	3

**28 2. Fortschreibung Straßen- und Wegekonzept gem. § 173/2021
8 a KAG NRW**

Beschluss:

Der Rat beschließt die beigefügte 2. Fortschreibung des Straßen- und Wegekonzepts gem. § 8a KAG NRW.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**29 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung 178/2021
mit der Südwestfalen IT**

Beschluss:

Dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Südwestfalen-IT (SIT) zur Wahrnehmung von IT-Leistungen im Bereich des Finanzwesens inkl. Liegenschafts- und Gebäudemanagement wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**30 Bestellung eines neuen Mitglieds und ihrer 169/2021
Stellvertretung für den Jugendhilfeausschuss/
Vertretung Deutscher Kinderschutzbund**

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm Frau Fischer als stimmberechtigtes Mitglied und Frau Sandkötter-Haar als ihre Stellvertreterin zur Vertretung des DKSB im JHA aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**31 Antrag DIE GRÜNEN Alternative Antriebe für alle 212/2021
Fahrzeuge der Stadt vom 24.08.2021**

Herr Gießwein berichtet darüber, dass man schon länger im Gespräch über dieses Thema sei. Die Stadt habe nunmehr ein Auto durch ein Auto mit alternativem Antrieb ausgetauscht. Herr Gießwein erwartet in Zukunft weiterhin, dass das Thema „Dienstfahräder (E-Bikes)“ aufgegriffen werde. Beim Ennepe-Ruhr-Kreis sei eine erfolgreiche Umsetzung durch eine Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgt. Es müsse Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglicht werden, den Formen der alternativen Mobilität näher zu kommen.

Herr Langhard teilt mit, dass ein Mitarbeiter der TBS Zertifikate besitze, die es zulassen, an Hochvoltbatterien zu arbeiten.

Herr Flüshöh bittet um Zusendung der Ergebnisse zur Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Ennepe-Ruhr-Kreis.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei zukünftigen Anschaffungen von motorisierten Fahrzeugen aller Art bevorzugt Fahrzeuge mit umweltverträglichen, nachhaltigen Antrieben zu beschaffen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt bei einer Beschaffung von Fahrzeugen mit

- herkömmlichem Antrieb in einer Beschlussvorlage ausführlich darzulegen, warum kein alternativer Antrieb verwendet werden kann.
3. In der städtischen Werkstatt sollen die notwendigen Voraussetzungen für Wartung etc. der Fahrzeuge geschaffen werden. Soweit dies nicht wirtschaftlich sinnvoll erscheint, legt die Verwaltung dies der Politik in einer Beschlussvorlage ausführlich dar. Zu den notwendigen Voraussetzungen gehört insbesondere auch, dass die eigenen Mitarbeitenden entsprechend geschult werden.
 4. Wo möglich und zumutbar sollen zukünftig Dienstfahrräder anstatt herkömmlicher Fahrzeuge eingesetzt werden. Hierzu ist ein Pool von (E-) Diensträdern anzuschaffen. Auf die individuelle Situation von einzelnen Beschäftigten soll auch in Rücksprache mit dem Personalrat Rücksicht genommen werden.
 5. Die Verwaltung wird beginnend mit dem HH-Jahr 2022 die Möglichkeit eines Jobradmodells für städtische Beschäftigte einführen. Hierzu soll bereits in 2021 eine erste „Bedarfsabfrage“ erfolgen.

32 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Frau Dr. Hortolani weist darauf hin, dass die Unterlagen zur Ratssitzung in der kommenden Woche nicht mehr im Ratsinformationssystem zu finden seien.

Herr Langhard sichert die sofortige Prüfung und Behebung des technischen Fehlers zu.

Herr Gießwein nimmt Bezug auf die Beschlussvorlage Nr. 213/2020/4, welche noch nachgereicht wird. Diesbezüglich habe es keine Möglichkeit zur Vorab-Beratung gegeben. Die Prio-Liste sei kein einfaches Thema.

Herr Langhard erklärt, dass die Behebung des Fehlers bis zum morgigen Freitag erfolgt sei und Herr Gießwein dann die weitere Vorgehensweise entscheiden könne.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 21 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 27.10.2021	Schriftführerin gez. Ferreira	Der Bürgermeister gez. Langhard
-------------------------	----------------------------------	------------------------------------